

# Frauen in der Krise!

2007 hatte die Differenz des Stundenlohns zwischen Frauen und Männern in Deutschland 22 Prozent betragen. Im Aufschwungjahr 2008 waren es schon 23 Prozent. Damit gehört Deutschland europaweit zu den Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen. Nur in Österreich, den Niederlanden, Zypern, Tschechien und Estland sind die Unterschiede noch größer.

Damit ist der Aufschwung an den Frauen vorbeigegangen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird das nicht tun. Die ersten, die in der Krise fliegen, sind die so genannten prekär Beschäftigten. Sie dienen als personeller Puffer, damit Unternehmen in Zeiten höheren Arbeitsaufkommens heuern und bei Produktionsrückgang schnell wieder feuern können. Betroffen sind LeiharbeiterInnen, befristet Beschäftigte, MinilöhnerInnen,

Teilzeitbeschäftigte und Aufstocker. Frauen sind in dieser Gruppe besonders stark vertreten. 31 Prozent aller Frauen beispielsweise arbeitet Teilzeit. Das ist vier Mal so viel wie bei Männern.

Die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist die Folge der Arbeitsmarktreformen von Rot-Grün. Agenda 2010 und Hartz-Gesetze dienten dem Ziel, Löhne zu drücken. Beschäftigte und Arbeitslose wurden gezwungen, jede noch so schlecht bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen. In Hessen sind ein Viertel aller Frauen im Niedriglohnbereich beschäftigt. Hinzu kommen klassische Frauenbranchen wie der Einzelhandel oder das Gesundheitswesen, in denen die Löhne traditionell niedrig sind. Die Freigabe des Ladenschlusses und die Privatisierung der Unikliniken in Marburg und Giessen durch die Regierung Koch haben die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung dort zusätzlich verschärft.

## Auf die Seite der ArbeitnehmerInnen

Statt Schutzschirme für die Banken ist vor allem eine Politik notwendig, die sich auf die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt. Damit Frauen nicht zu den Verlierern der Krise werden, fordert die hessische LINKE

- **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,71 Euro**
- **Einführung eines Vergabegesetzes, das bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Unternehmen bevorzugt, die nach Tarif zahlen und Frauen fördern**
- **einen gesetzlichen Anspruch auf einen gebührenfreien Kitaplatz sowie einen Anspruch auf kostenlose Mittagsversorgung in der Kindertagesstätte**
- **die Maßnahmen zur Entstehung des Niedriglohnbereichs müssen korrigiert werden**
- **die Liberalisierung der Leiharbeit ist wieder zurückzunehmen**
- **Abschaffung der so genannten Minijobs**

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HESSEN